

Wir haben einen Artikel der Washington Post übersetzt, in dem über Trumps Auftritt auf dem NATO-Gipfel 2018 in Brüssel und seine harsche Kritik an der Bundesrepublik Deutschland berichtet wird.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 101/18 – 13.07.18

Erst greift Trump einzelne Verbündete an und dann fordert er alle auf, ihre Verteidigungsausgaben auf 4 Prozent ihres BIP zu erhöhen

Von Michael Birnbaum und Seung Min Kim
The Washington Post, 11.07.18

(https://www.washingtonpost.com/world/europe/trump-says-germany-is-captive-to-russia-in-fierce-opening-salvo-against-nato/2018/07/11/56aa7174-7f0a-11e8-a63f-7b5d2aba7ac5_story.html?utm_term=.16c0e22dd081)

BRÜSSEL – Präsident Trump hat am Mittwoch die Regierungschefs der NATO-Staaten aufgefordert, ihre Verteidigungsausgaben zu verdoppeln, nur wenige Stunden, nach seiner Schimpfkanonade gegen Deutschland und andere Verbündete.



NATO-Gipfel 2018 in Brüssel (Ausschnitt aus einem Foto von Jasper Juinen / Getty Images)

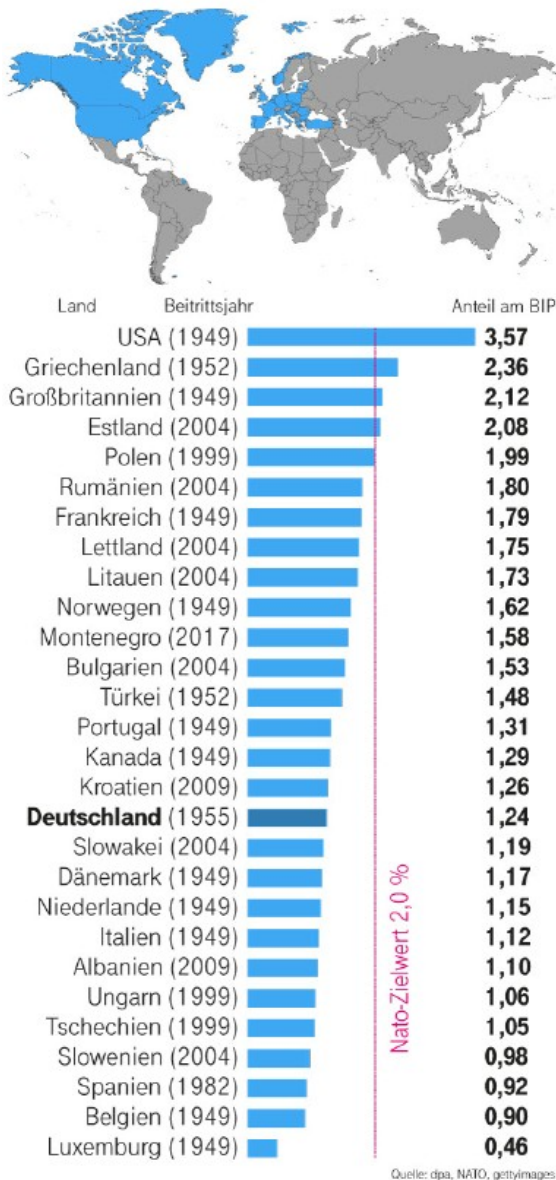
Trump war sich mit seinen NATO-Kollegen zwar einig darüber, dass die Verteidigung gegen Russland und den Terrorismus verstärkt werden müsse, hat sich aber darüber beklagt, dass Europa sehr einseitig von der militärischen Unterstützung der USA profitiere, und seine Partner in einer nicht öffentlichen Sitzung genötigt, ihr Verteidigungsbudget endlich wenigstens auf das angestrebte Niveau (von 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts) zu erhöhen, das viele noch lange nicht erreicht hätten.

Sogar die USA – die mehr Geld für Verteidigung ausgeben als jede andere Nation der Welt – haben das von Trump geforderte neue Jahresziel von 4 Prozent ihres BIP noch nicht erreicht. Im vergangenen Jahr hat Washington "nur" 3,6 Prozent seines BIP (rund 610 Milliarden Dollar) für sein Militär ausgegeben.

Als NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf einer Pressekonferenz gefragt wurde, wie er zu der von Trump geforderten Erhöhung der Verteidigungsausgaben stehe, antwortete er, alle NATO-Staaten müssten sich erst einmal bemühen, auf die vereinbarten 2 Prozent zu kommen. Nur acht der 29 NATO-Mitglieder könnten in diesem Jahr das 2-Prozent-Ziel erreichen.

Nato-Mitglieder und ihre Verteidigungsausgaben

Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 in %



Grafik entnommen aus Google

Trotz Trumps streitsüchtigen Verhaltens und seiner aggressiven Rhetorik versuchten die Verbündeten bei ihren Konferenzen Einigkeit zu demonstrieren.

"Wir sind zwar unterschiedlicher Meinung, haben aber trotzdem wichtige Entscheidungen getroffen, die unser Bündnis vorwärts bringen und stärker machen," erklärte Stoltenberg. "Am Ende des Tages stimmen wir alle darin überein, dass Nordamerika und Europa sicherer sind, wenn sie zusammenhalten."

Trump brachte das Ausgaben-Problem schon während der ersten und wichtigsten Konferenz des NATO-Gipfels vehement zur Sprache.

"In seiner heutigen Rede auf dem NATO-Gipfel hat der Präsident gefordert, die Militärausgaben der NATO-Mitgliedsstaaten nicht auf 2 Prozent ihres BIP zu beschränken, sondern auf 4 Prozent zu erhöhen. Der Präsident hatte dieses Thema bereits auf dem NATO-Gipfel im letzten Jahr angesprochen," teilte Sarah Huckabee Sanders, die Sprecherin des Weißen Hauses, in einer Erklärung mit.

"Präsident-Trump möchte, dass unsere Verbündeten einen größeren Anteil der gemeinsamen Last tragen oder wenigstens ihren bereits zugesagten Verpflichtungen nachkommen," fügte sie hinzu.

Trumps Entscheidung, den vorgeschlagenen NATO-Verteidigungsplänen zuzustimmen, lässt darauf schließen, dass er den US-Anteil an den Ausgaben der NATO nicht kürzen wird – trotz seines Zorns darüber, dass die Europäer zu wenig

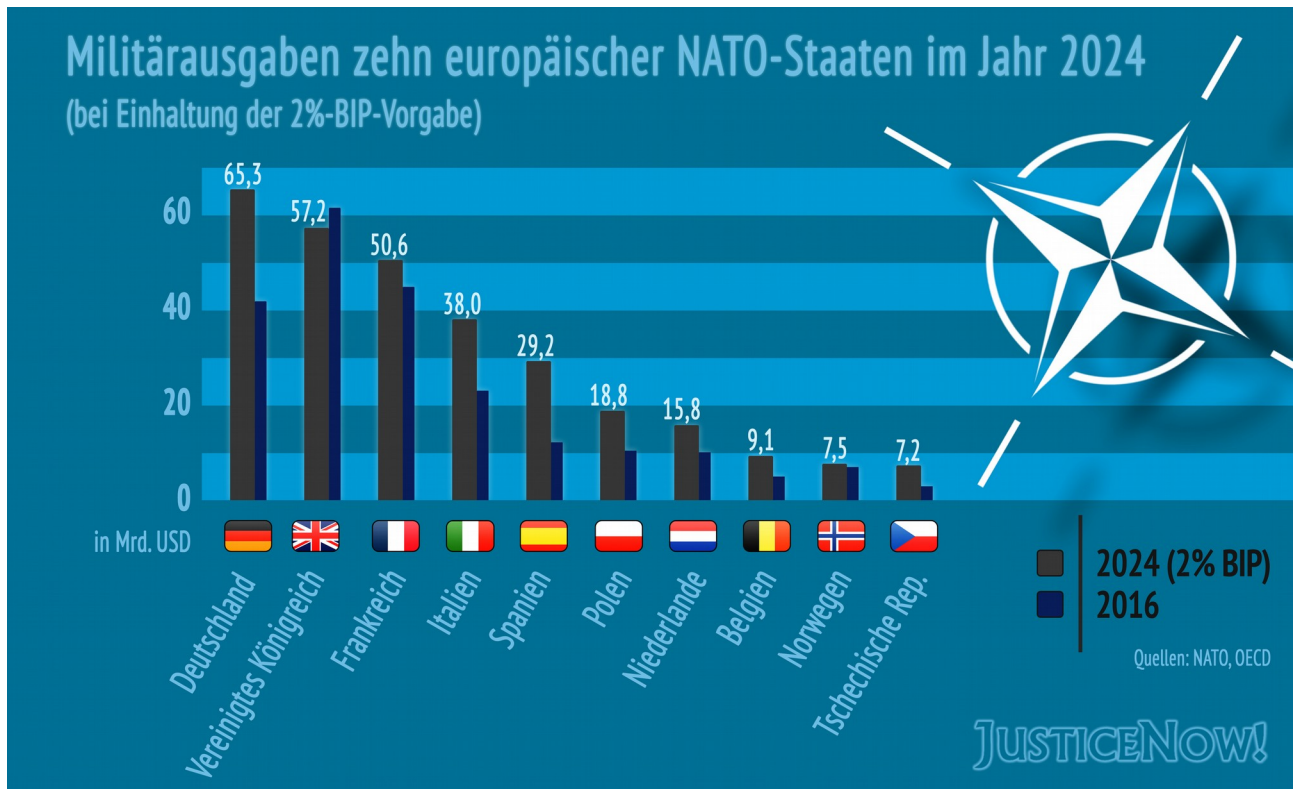
für den von den USA über sie aufgespannten Sicherheitsschirm bezahlen. Die führenden Politiker der NATO-Verbündeten sind auch besorgt darüber, dass Trump dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu große Zugeständnisse machen könnte, wenn er ihn am Montag in Helsinki trifft.

Trump vergeudete keine Zeit und ging gleich zu Beginn des Gipfels in die Offensive; eine ganze Woche lang will er mit hohem Einsatz die zwischen beiden Parteien des ehemaligen Kalten Krieges bestehenden Spannungen ausloten.

Bei der Serie von Treffen – die mit dem NATO-Gipfel begann und mit dem Treffen mit Putin enden wird – geht es vor allem um Trumps Vorwurf, Washington trage unzumutbar hohe Belastungen für den Schutz seiner Verbündeten.

"Deutschland ist meiner Meinung nach ein Gefangener Russlands, weil es zu viel russisches Öl und Gas bezieht," äußerte Trump vor laufenden Kameras in einem

Disput mit dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der zu den heftigsten gehört, die bisher in der nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten NATO ausgetragen wurden.



Grafik entnommen aus Google

"Wir müssen über die vielen Milliarden Dollars reden, die Deutschland dem Staat bezahlt, vor dem wir es schützen sollen," wettete Trump, und meinte damit vor allem die deutschen Zahlungen für russisches Erdgas.

Trump hat sich bitter über die zu geringen Verteidigungsausgaben der Europäer beklagt und den NATO-Verbündeten vorgeworfen, nicht nur die Freigiebigkeit der USA bei den für die Verteidigung Europas anfallenden Militärausgaben auszunutzen, sondern den USA auch noch mit unfairen Handelskonditionen zu schaden.

Das bevorzugte Ziel seines Zorns war Deutschland, weil es seine gegenüber der NATO eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nicht erfülle (s. dazu obige Grafik!) und auf der Errichtung einer zweiten Erdgas-Pipeline nach Russland bestehe. Deutschland und andere europäische NATO-Partner verweisen jedoch darauf, dass sie ihre Beiträge zur Finanzierung der Militärallianz erhöht haben und sie in den kommenden Jahren noch weiter erhöhen wollen. Kanzlerin Merkel hat außerdem darauf hingewiesen, dass der Bau der zweiten Pipeline von Privatfirmen betrieben werde, in deren Geschäfte sie sich nicht einmischen wolle.

Der Vorwurf, die Abhängigkeit Deutschlands von Russland sei zu groß, hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel besonders hart getroffen, weil sie in der von Kommunisten beherrschten DDR aufgewachsen ist.

"Ich selbst habe in dem Teil Deutschlands gelebt, das von der Sowjetunion kontrolliert wurde, und bin heute sehr glücklich darüber, in der vereinigten Bundesrepublik Deutschland in Freiheit leben zu können," erklärte Kanzlerin Merkel bei ihrer Ankunft auf dem NATO-Gipfel vor Reportern. "Wir machen unsere eigene Politik und treffen unsere Entscheidungen selbst."

Der US-Präsident betonte, das am Montag stattfindende Treffen mit Putin sei der einfachste Teil seiner diplomatischen Bemühungen während seiner einwöchigen Europa-Reise; auch mit dieser ungewöhnlichen Aussage hat er die Hoffnung führender Politiker der NATO-Partner getrübt, dass die Allianz auch weiterhin gemeinsam Front gegen den strategischen Rivalen Russland machen werde.

Trump hat es vorgezogen, die Verbündeten zu verunsichern.

Sogar Stoltenberg – der sanftmütige ehemalige Ministerpräsident Norwegens, der bisher eigentlich ein gutes Verhältnis zu Trump hatte – kam ins Stottern, weil Trump ihm ins Wort fiel, als er darauf hinwies, dass Verbündete (wie Deutschland) sogar während des Kalten Krieges Handel mit Russland getrieben hätten. Vorher hatte Trump Stoltenberg aufgefordert, auf eine Steigerung der NATO-Verteidigungsausgaben zu drängen.

"Auch weil Sie nach Ihrer Wahl zum US-Präsidenten darauf bestanden haben, sind die Verteidigungsbudgets nach der russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim gestiegen," versuchte Stoltenberg Trump zu besänftigen; aufgrund seiner Kritik würden sie weiter steigen.

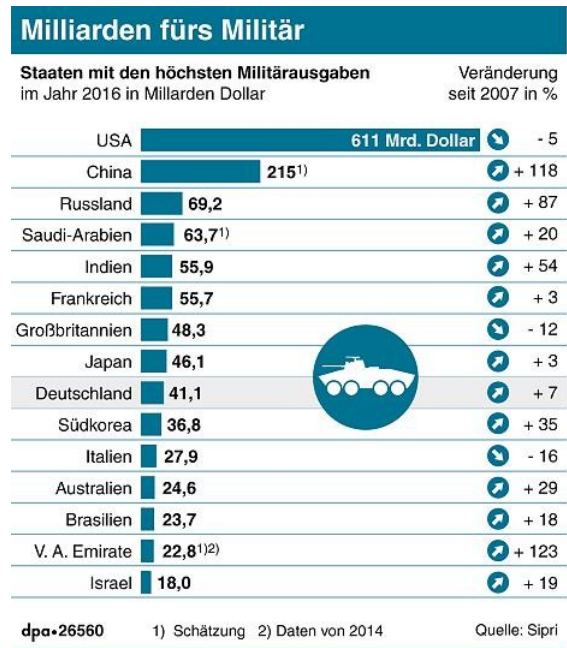
Als Trump Stoltenberg vorhielt: "Wir sollen Deutschland schützen, obwohl es seine Energie von Russland kauft," erstarrten Gipfel-Teilnehmer aus den USA und aus anderen NATO-Staaten, die sich an einem langen Tisch gegenüber saßen, mit versteinerten Gesichtern auf ihren Stühlen. John F. Kelly, der Stabschef (des Weißen Hauses), schüttelte den Kopf und Kay Bailey Hutchison, die US-Botschafterin bei der NATO, schaute verlegen zur Decke auf. "Erklären Sie mir das mal," forderte Trump (den NATO-Generalsekretär auf). "Das ist nicht zu erklären, und Sie wissen das auch."

Trumps Kritik weckte sofort neue Ängste in Deutschland. Die in München erscheinende *Süddeutsche Zeitung* erschien mit der Schlagzeile: "Es kommt nicht nur schlimm, es kommt katastrophal". (s. <http://www.sueddeutsche.de/politik/trump-nato-gipfel-deutschland-1.4049505>)

Washington und Osteuropa sind schon lange gegen die Erhöhung der Energielieferungen aus Russland, weil sie fürchten, die baltischen Staaten und Polen könnten nach der Inbetriebnahme der Pipeline North Stream 2, die in der Ostsee verlegt wird, von lebenswichtigen Energielieferungen aus Russland abgeschnitten werden. Der ehemalige deutsche Kanzler Gerhard Schröder gehört dem Leitungsgremium des von der russischen Regierung kontrollierten Energieunternehmens an, das die Pipeline North Stream 2 bauen lässt.

Trump hat (durch Fracking gewonnenes, verflüssigtes) US-Erdgas als Alternative für russisches Erdgas angeboten; es müsste per Schiff transportiert werden und wäre deshalb sehr viel teurer (s. http://luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07014_140414.pdf).

Trumps Fokussierung auf Deutschland hat Berlin überrascht, weil die Beziehungen zu den USA unter dem Präsidenten Barack Obama sehr viel besser waren. Sarah Huckabee Sanders, die Sprecherin des Weißen Hauses, hat mitgeteilt, Trump habe



Grafik entnommen aus Google

am Mittwochnachmittag noch ein Einzelgespräch mit Kanzlerin Merkel geführt, um ihr seine Kritik noch einmal persönlich zu erläutern.

Die nach diesem Treffen in das Verhandlungszimmer gebetenen Journalisten konnten der Kanzlerin und dem Präsidenten aber keine Informationen über den Inhalt ihres persönlichen Gesprächs entlocken.

Trump hat sich wegen des NATO-Gipfels zwei Tage in Brüssel aufgehalten. Anschließend wird er nach England reisen, um sich mit der britischen Premierministerin Theresa May zu treffen; das Wochenende wird er in einem seiner privaten Golfclubs in Schottland verbringen. Von dort aus wird er zu dem Treffen mit Putin nach Helsinki fliegen.

Die NATO-Staaten haben einem langen Maßnahmenkatalog (s. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156624.htm?selectedLocale=en) und einer Erklärung (s. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156620.htm?selectedLocale=en) zugestimmt, mit denen die gegen Russland und andere Gegner gerichtete Abschreckung verstärkt, der Kampf gegen den Terrorismus fortgeführt und Truppentransporte durch Europa beschleunigt werden sollen.

Es sollen zwei neue militärische Hauptquartiere eingerichtet werden; das eine (in den USA) soll für Waffen- und Truppentransporte über den Atlantik, das andere (in Ulm) für deren Weitertransport durch Europa zuständig sein. Die NATO-Missionen im Irak und in Afghanistan sollen verstärkt fortgesetzt werden. Auch die wegen der Annexion der Krim gegen Russland verhängten Sanktionen sollen so lange bestehen bleiben, bis der Kreml die Krim an die Ukraine zurückgibt.

Obwohl es bisher üblich war, dass man sich auf NATO-Gipfeln auf solche Maßnahmenkataloge einigt, hatte Trump dieses Vorhaben zunächst in Frage gestellt.

Einige Diplomaten befürchteten, dass er seine Unterschrift unter das gemeinsame Abschlussdokument verweigern werde, obwohl sein Nationaler Sicherheitsberater John Bolton es bereits abgenickt hatte; dieses Verhalten hat Trump ja schon letzten Monat auf dem G7-Gipfel in Kanada praktiziert.

Damit hätte er das Bündnis in Panik versetzt, der gemeinsamen Sicherheit eine Absage erteilt und die Frage aufgeworfen, ob das mächtigste Mitglied der NATO noch dazu bereit ist, seine Verbündeten bei einem Angriff zu verteidigen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron glaubt, die Schwächung der NATO werde die globalen Spannungen erhöhen und längerfristig zu Kostensteigerungen führen; das hat einer seiner Mitarbeiter vor Reportern ausgesagt – unter der Bedingung, anonym bleiben zu können.

Die führenden Politiker der NATO-Partner fürchten auch, Trump werde Putin zu große Zugeständnisse machen.

Trump hat die Möglichkeit prüfen lassen, die US-Truppen aus Deutschland abzuziehen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP09318_020718.pdf). Auf dem G7-Gipfel hat er sogar geäußert, er könne sich vorstellen, die Krim bei Russland zu belassen, weil die meisten ihrer Bewohner Russen seien. Damit stellte er eine ganz Reihe von Maßnahmen infrage, die der Westen seit 2014 gegen Russland ergriffen hat.

Mit seinem Auftritt in Brüssel hat Trump auch den Zorn der Demokraten im US-Kongress in Washington auf sich gezogen.

"Trumps Verhalten an diesem Morgen war ein weiteres verstörendes Signal dafür, dass der Präsident sich loyaler gegenüber Putin als gegenüber unseren NATO-Verbündeten verhält," erklärten die demokratische Abgeordnete Nancy Pelosi aus New York, die Sprecherin der demokratischen Minderheit im Repräsentantenhaus ist, und der ebenfalls aus New York stammende Senator Charles E. Schumer, der die demokratische Minderheit im Senat führt.

Nach dem Treffen mit Trump versuchte Stoltenberg die Streitpunkte mit der Behauptung zu verkleistern, am Ende werde sich die NATO als gestärkt erweisen.

"Präsident-Trump äußert sich sehr freimütig und manchmal auch sehr direkt über bestimmte Verbündete; er hat aber recht, wenn er eine bessere Verteilung der Belastungen auf alle NATO-Mitglieder verlangt," wiegelte Stoltenberg während einer Konferenz im NATO-Hauptquartier ab, die im Rahmen des Gipfels stattfand.

"Meine Hauptaufgabe ist es, alle Verbündeten zusammenzuhalten," betonte er abschließend.

Josh Dawsey, John Hudson und Philip Rucker haben zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. **Die eingefügten Grafiken belegen, wie unterschiedlich die realen Militärausgaben für die einzelnen NATO-Staaten ausfielen, wenn die von allen geforderte Erhöhung um 2 Prozent des BIP tatsächlich stattfände. Die letzte Grafik zeigt, dass die Militärausgaben der NATO-Staaten und ihrer Partner schon jetzt die Militärausgaben Russlands um ein Vielfaches übersteigen. Sie müssten also auch dann nicht erhöht werden, wenn die angeblich von Russland ausgehende Bedrohung tatsächlich bestünde. Das weiß auch Trump, der auf seiner abschließenden Pressekonferenz in Brüssel die NATO-Staaten aufgefordert hat, für das viele zusätzliche Geld vor allem teure US-Waffen zu kaufen.** Anschließend drucken wir den übersetzten ursprünglichen Originaltext ab, der inzwischen leider stark verändert wurde.)



After a tirade against allies, Trump pushes for NATO countries to raise defense spending to 4 percent of GDP

by Michael Birnbaum and Seung Min Kim – July 11, 2018

BRUSSELS — President Trump called here Wednesday for NATO leaders to double their defense spending commitments, hours after he delivered a blistering tirade against Germany and other allies.

Although Trump joined fellow NATO leaders in approving a sweeping set of plans to bolster defenses against Russia and terrorism, the U.S. president has complained that Europe has been taking advantage of U.S. military support for the continent, and he urged his counterparts in a private session to substantially raise a defense spending goal on which many are already falling short.

Not even the United States — which spends more money on defense than any other nation in the world — meets Trump's new goal of annual spending of 4 percent of nations' gross domestic product. Washington spent 3.6 percent last year.

Asked at a news conference about Trump's demands on defense spending, NATO Secretary General Jens Stoltenberg suggested that the focus should be on getting every member country to reach the current goal of 2 percent. Only eight of 29 NATO countries are on track to meet the 2 percent goal this year.

Despite Trump's pugnacious posture and rhetoric, allies sought to project unity at the conclusion of meetings in Brussels.

"We do have disagreements, but most importantly, we have decisions that are pushing this alliance forward and making us stronger," Stoltenberg said. "At the end of the day, we all agree that North America and Europe are safer together."

Trump raised the spending issue during his remarks in the first and main session of the NATO summit.

"During the president's remarks today at the NATO summit he suggested that countries not only meet their commitment of 2 percent of their GDP on defense spending, but that they increase it to 4 percent. The president raised this same issue when he was at NATO last year," White House spokeswoman Sarah Huckabee Sanders said in a statement.

"President Trump wants to see our allies share more of the burden and at a very minimum meet their already stated obligations," she said.

The decision to sign on to the NATO defense plans suggested that Trump is holding back from slashing support for the alliance, despite his anger over what he says is Europe's taking advantage of the U.S. security umbrella. NATO leaders are still concerned that he will make concessions to Russian President Vladimir Putin when the two meet on Monday in Helsinki.

As the day began, Trump wasted no time going on the offensive as he began a week of high-stakes diplomacy on both sides of the former Cold War divide.

The series of meetings — beginning with NATO and capped by a summit with Putin — has been largely framed around Trump's claims that Washington bears an unfair burden to help protect its allies.

"Germany, as far as I'm concerned, is captive to Russia because it's getting so much of its energy from Russia," Trump told NATO Secretary General Jens Stoltenberg in a fiery on-camera exchange that was among the harshest in the history of the post-World War II alliance.

"We have to talk about the billions and billions of dollars that's being paid to the country we're supposed to be protecting you against," Trump said, referring to European purchases of Russian natural gas.

Trump has complained bitterly about Europe's lagging defense spending, saying that NATO nations were taking advantage of U.S. military largesse at the same time they were offering unfair trade terms to U.S. businesses.

A favorite target of his ire has been Germany, which has not met its NATO spending commitments and is beginning construction on a second natural gas pipeline to Russia. Germany and other European NATO partners argue, however, that they have boosted contributions to the military alliance and plan to kick in even more in coming years. Germany's

leadership has said the pipeline is a private business decision and they have been reluctant to interfere.

The accusation of Russian influence may have been particularly biting to German Chancellor Angela Merkel, who grew up in Communist-controlled East Germany.

“I myself experienced that a part of Germany that was controlled by the Soviet Union, and I am very happy today that we are united in freedom as the Federal Republic of Germany,” Merkel told reporters as she entered NATO. “We decide our own policies and make our own decisions.”

The U.S. leader traveled to Europe saying that a Monday summit with Putin will be the easiest of his week of diplomacy — an unusual assertion that upended NATO leaders’ belief that the alliance should project a strong and united front against a strategic rival.

Trump has preferred to take aim at allies.

Even Stoltenberg — a mild-mannered former Norwegian prime minister who has cultivated a positive relationship with Trump — appeared reduced to spluttering as Trump cut him off after he started to explain that allies traded with Russia even during the Cold War. Earlier in the exchange, Trump demanded credit from Stoltenberg for forcing an increase of NATO defense budgets.

“It was also because of your leadership,” Stoltenberg told Trump. Budget increases started after Russia’s 2014 annexation of Ukraine’s Crimean Peninsula, and they have accelerated in the Trump era in response to the U.S. president’s criticism.

“We’re supposed to protect Germany but they’re getting their energy from Russia,” Trump told Stoltenberg, as aides on both the U.S. and NATO side of a long table shifted in their seats and sat stonefaced. Chief of Staff John F. Kelly jerked his head away as U.S. Ambassador to NATO Kay Bailey Hutchison looked up at the ceiling. “So explain that,” Trump said. “And it can’t be explained, and you know that.”

Trump’s criticism set off immediate anxiety in Germany. Munich’s *Süddeutsche Zeitung* headlined its story: “It is not only bad, it is catastrophic.”

Germany’s energy relationship with Russia has long frustrated Washington and Eastern Europe, who fear that the Nord Stream 2 pipeline that bypasses the Baltic nations and Poland could be used to cut them off from crucial energy supplies. Former German chancellor Gerhard Schroeder is a top executive at the Russian-government-controlled company that runs the Nord Stream 2 pipeline.

Trump has promoted exports of U.S. natural gas to Europe as an alternative to Russia as a supply source, although U.S. gas is far more costly because of the expense of shipping.

Trump’s laser-focus on Germany has unsettled Berlin, which had grown accustomed to a strong relationship with President Barack Obama. Trump plans to meet one-on-one with Merkel on Wednesday afternoon, when he will reiterate the same tough message to her face, White House spokeswoman Sarah Huckabee Sanders said.

Journalists were allowed briefly into the room at the end of their meeting, but both leaders avoided publicly blasting each other face-to-face.

Trump is in Brussels for two days of NATO meetings. Following that, he will travel to England to meet with British Prime Minister Theresa May, then spend the weekend at one of

his private golf clubs in Scotland. Finally, he will head to Helsinki for a summit with Putin.

NATO members have agreed to a long list of efforts they believe will strengthen the alliance against Russia and other rivals, making it easier to speed military forces across Europe and toughen its counterterrorism initiatives.

Leaders plan to unveil two new military headquarters, one that would help secure the Atlantic Ocean in times of conflict and the other to speed military movement across Europe. They will bolster NATO missions in Iraq and Afghanistan. And they are expected to reconfirm their tough line on Russia's 2014 annexation of Crimea and their vow to continue to press the Kremlin to return it to Ukraine through sanctions and diplomacy.

Those are all conventional products of a summit such as this one — but Trump has thrown them into question.

Some diplomats worry that he might withhold his signature from the agreement that has already been approved by national security adviser John Bolton, repeating a move Trump made last month at the Group of Seven summit in Canada.

That would send the alliance into a tailspin, damaging security by opening the question of whether NATO's most powerful member is still willing to defend its allies if one were attacked.

French President Emmanuel Macron believes that a weaker NATO could raise global tensions and could be costlier in the long run, an official in his office said, briefing reporters on condition that the official not be named or directly quoted.

NATO leaders also fear what concessions Trump could make to Putin.

Trump has raised the possibility of pulling U.S. troops from Germany. At the G-7 summit, he told leaders that he believed Crimea belonged with Russia because most of its residents are Russian-speaking, another position that would upend much of the West's security decisions against Russia since 2014.

Trump's performance on Wednesday drew fire from congressional Democratic leaders back in Washington.

Trump's "behavior this morning is another profoundly disturbing signal that the president is more loyal to President Putin than to our NATO allies," said House Minority Leader Nancy Pelosi (D-Calif.) and Senate Minority Leader Charles E. Schumer (D-N.Y.) in a joint statement.

After meeting with Trump, Stoltenberg tried to paper over the differences, saying that the bottom line is that NATO is getting stronger.

"President Trump has plain speaking, sometimes very direct pointing at specific allies, but when it comes to the whole message we all agree that NATO has to share the burden in a fair way," Stoltenberg said during a conference at NATO headquarters that is running alongside the summit.

"My main task is to keep all of our allies together," Stoltenberg added.

Josh Dawsey, John Hudson and Philip Rucker contributed to this report.